

Bezugsgebühr:

Wochentäglich für Beobachter bei allen
gewöhnlichen Buchdruckereien durch unsere
Posten abwickelt, und monatlich, zu
Gesamtkosten von 10 Pf. der 3 Mtl. 80 Pf.
Bei einmaliger Abnahme durch die
Post 80 Pf., ohne Briefporto, im Ausland
mit entsprechendem Porto.

Abos sind aller Art und Original-

Abrechnungen nur mit deutlicher

Quellenangabe (Dresden, Stadt.)

ausreichende Nachprüfung.

Abonnementen - Postkarten - werden

nicht aufgenommen.

Telegramm-Nr. 1000.
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Dreiring-Cacao.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Carit.

Abonnement von Infanterie und
Kavallerie 50 Pf. Sonn- und
Feiertags nur Kavallerie 30 Pf.
11 bis 12 Uhr. Die Infanterie erscheint
zu 8 Uhr, die Kavallerie zu 10 Uhr. Am
Abend nach dem Dienstag auf der Prinzessin Seite
zu 8 Uhr, die Kavallerie Seite
zu 10 Uhr. Am Samstag nach
Kavallerie 1 spätere Prinzessin
zu 8 Uhr, am Dienstag zu 10 Uhr.
Abendliche Seite auf Dienstag und als
Erlösung zu 8 Uhr. Dienstliche Aufla-
ge nur gegen Sonderabrechnung.
Belegblätter fallen 10 Pfennige.

Gewissprecher: Nr. 11 und 2006.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. L. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände



für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Biesolt & Lockes
Meissner Nähmaschinen
haben Weltruf!
* Haupt-Niederlage bei
M. Eberhardt, Mechaniker
Dresden, Marienstraße 14.
Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.



Raucht

PATENT STRICKSTÜCK ZIGARETTEN
von
PERMANA
am

Egyptian Cigarette Company
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille im Jahre.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.

Nr. 105. Spiegel: Kaiser Wilhelm am Goluchowski, Kronöl. Postbeamtenausstand. Hofnachrichten. Dresden | Nutzungs- | Witterung: | Ruh. veränderlich. | Mittwoch, 18. April 1906.

Das Telegramm des Kaisers an den Grafen Goluchowski

ist ohne Frage ein bedeutsames politisches Ereignis, nicht nur mit Rücksicht auf den außergewöhnlich warmherzigen Ton der Dankesagung an den Leiter des Wiener Auswärtigen Amtes, der ein „brillanter Sekundant auf der Mensur“ genannt wird, sondern auch wegen der indirekten Wirkung, die es bei Auseinandersetzung eines vergleichenden Maßstabes durch die Unterlassung einer ähnlichen Kundgebung an die italienische Adresse äußert. Nach beiden Richtungen hin — das muß ausdrücklich schweigt werden — entspricht der kaiserliche Meinungsausdruck vollinhaltlich dem nationalen deutschen Volksgefühlen. Die treue, bündesfreudliche Haltung Österreichs auf der Konferenz in Algeciras ist nicht bloß von unseren offiziellen Kreisen mit Genugtuung vermerkt worden, sondern hat auch im deutschen Volke nachhaltigen Widerhall gefunden. Ein Echo dieser Empfindungen läßt sich auch im Reichstage in jener Sitzung hören, die infolge der plötzlichen Erkrankung des Reichskanzlers einen so unerträglichen Ausgang nahm. Was man damals aus Abgeordnetenkreisen leise anstingen ließ, daß hätte Fürst Bülow sicherlich zu einem vollen Allerde namens der gesamten deutsch-nationalen öffentlichen Meinung gegenüber unserem österreichischen Bundesfreunde anstimmen lassen, wenn er nicht durch höhere Gewalt an der Ausführung seiner Absicht verhindert worden wäre. Doch auch so ist die Situation gründlich geändert und kein Zweifel darüber möglich, daß Regierung und Volk in Deutschland genau von denselben lebhaften Gefühlen der Dankbarkeit gegenüber dem treuen österreichischen Bundesgenossen bestellt sind, wie sie das Telegramm des Kaisers in der ihm eigenen militärisch-politischen Sprache zum Ausdruck bringt. Nicht minder stimmen beide Faktoren in der freudigen Unterstützung der kaiserlichen Sicherung überein, daß Österreich sich gegebenenfalls der gleichen freundschafflichen Bundeinstellung auf unserer Seite zu versetzen haben wird. Es ist also nur natürlich, daß die loyale Freundschaft und Dankesworte in der deutsch-österreichischen Presse zum Teil höchst schwungvoll gehaltene Zustimmungsausserungen hervorrufen. So meint ein vielgelehrtes Wiener Blatt, das Telegramm sei ein neuer Heiler für das so imbalancierte Gebilde des deutsch-österreichischen Bundes, „dieses unländlichen Vertrages, dessen Inhalt mit all seiner Summe an Treue und Zusammengehörigkeit wie ein Lebenselixier durch die Adern der beiden Reiche ströme“. Derartige und ähnliche Aussassungen sind deshalb besonders wertvoll, weil sie zeigen, daß es noch viele Kreise in Österreich gibt, die das Bundesverhältnis zu Deutschland nicht bloß vom Standpunkte einer sühnen, realpolitischen Nützlichkeit betrachten, sondern die mit vollem Herzen uns natürlicher Begeisterung an diesem Bunde hängen und festhalten.

Da man aber an einem Kaiserworte nicht rütteln, noch deuteln soll, so ist es auch nicht angängig, die Schlüssefolgerungen, die sich aus der einseitigen Belobigung des österreichischen Bundesgenossen für die Stellung Italiens im Dreieck ergeben, einfach zu ignorieren. Ein Wiener allduisches Blatt, das im übrigen dem Grafen Goluchowski gar nicht wohl will und deshalb auch die kaiserliche Kundgebung zu befürchten sucht, meint, es werde nicht an Stimmen fehlen, die das Telegramm direkt als Totenschein des Dreieckes bezeichnen würden, da sich der andere offizielle Bundesgenosse in gar nicht zweifelhafter Weise auf die Seite der Gegner gestellt habe. Diese Auffassung steht mit Entscheidendheit zu weit, da etwas Derartiges sonst sicher nicht in der Absicht des Kaisers gelegen hat. Wohl aber enthält das Unterbleiben einer ähnlichen Dankestundgebung an den italienischen Vertretern auf der Konferenz in Algeciras einmal die stillschweigende Feststellung, daß dieser eine gleiche Anerkennung durch sein Verhalten nicht verdient hat, und zum andern eine unzweckentige Warnung an die römischen leitenden Kreise nach der Richtung, daß die deutsche Politik nicht fernher gewillt ist, daß von der italienischen Diplomatie zweifellos betriebene Doppelspiel widerspruchlos einzunehmen. Deutschland verlangt keineswegs von seinen Bundesgenossen, daß sie sich ihm auf Gnade und Ungnade ergeben, sondern lädt ihnen jede Freiheit der Bewegung, die nur halbwegs mit dem Bündniszwecke vereinbar ist. In letzter Zeit aber hat Italien sich in einer internationalen Rolle gefallen, die an Zweideutigkeit das Menschenmögliche leistete. Die Italiener schienen sich nach gerade ganz in den Gedanken eingelöst zu haben, daß sie je nach ihrem Gefallen bloß die dreibundfreudliche oder die antideutsche englisch-französische Macht aufzustocken brauchten, um von beiden Seiten hofiert zu werden und das Ränkelein an der europäischen Waage zu bilden. Von dieser Illusion wird sie jedenfalls das kaiserliche Telegramm gründlich ernüchtert haben. Die Tätigkeit, die der italienische Vertreter in Algeciras in so ostentativer Weise zu gunsten Frankreichs entwidelte, war schließlich nicht mit der gewissenhaften Erfüllung der Bündnispflichten gegenüber Deutschland zu vereinbaren. Das hat Kaiser Wilhelm mit nicht mißverstehtender germanischer

Offenheit befunden, indem er dem Grafen Goluchowski keinen Dank aussprach, Italien aber mit völligem Stillschweigen überging. Aus einer Wiener Quelle verlautet, daß unter Kaiser über die ungünstige Haltung Italiens auf der Marokko-Konferenz verhöhlt in hohem Grade verstimmt sei und daß auch lediglich aus diesem Grunde die mehrfach angekündigte Mittelmeerreise unterbleibe, weil sich sonst eine Begegnung des Kaisers mit König Humbert als unvermeidlich erwiesen hätte. Dagegen habe Kaiser Wilhelm an Kaiser Franz Joseph noch vor der Debatte an den Grafen Goluchowski ebenfalls eine sehr herzliche Dankestundgebung aertreten und die Sicherung seiner unverwandten Freundschaft damit verknüpft.

Zur Politik gilt wie sonst im Leben die Regel, daß man zur Liebe niemand zwingen kann. Wir erwarten deshalb auch von der kaiserlichen Kundgebung keine Wunderdinge, als ob die Italiener nun mit einemmal in heller neuemrother Freundschaft uns in die Arme stürzen sollten. Ammerhin dürfte das eine Gute aus der so gründlich erfolgten Klärung der Lage mit Sicherheit erwachsen, daß die leitenden Kreise in Rom fündig daraus verzichten, uns geistiges Sond in die Augen zu streuen, indem sie ihre gegen Deutschland unfreundlichen Handlungen hinter unverbindlichen offiziellen Erklärungen über die angeblich unverdiente Dreibusstreue Italiens zu verdecken suchen. In der Hinsicht sind wir nun endgültig gewiheit und haben uns daran gewöhnt, ausschließlich auf die Taten zu sehen und darnach unser Urteil und unsere Stellungnahme einzurichten. Sollte die Erkenntnis, daß wir nicht gewillt sind, uns in der hohen Politik däppieren zu lassen, die Italiener dazu führen, ihre Bündnispflichten gegen uns lässig loszulassen zu erfüllen, so dürfen sie sicher sein, daß wir ihnen aus der jetzigen Zeit der „Extratouren“ keinen unverhönlchen Groß nachtragen werden. Ein zweites schäumen freilich die Wogen der antideutschen Gehässigkeit noch recht merklich über, und ein Teil der italienischen Presse kann sich sogar nicht enthalten, die im allgemeinen freundlich behandelte Beileidskundgebung des deutschen Gesandten zu der Besuchskatastrophe mit hämischen Blossen zu versehen.

Der Ausstand der Postunterbeamten in Paris

ist nicht als Lohnbewegung, sondern als sozialistische Kreativprobe zu beurteilen. Eine Gehaltsverhöhung auf dem Wege des Ausstands zu erzwingen, kann schon deshalb hier nicht in Frage kommen, weil der Staat bereits verabschiedet ist und die Regierung selbstverständlich nicht die Macht besitzt, eigenmächtig die Gehälter bemitleidigen Summen zu erhöhen. Das wissen natürlich die Verantwortlichen des Ausstands genau. Wenn sie trotzdem den Streik in Szene gelegt haben, so hat das keine besonderen tatsächlichen Gründe, die in der allgemeinen politischen Lage der Republik wurzeln. Es handelt sich nämlich um einen erneuten Vorstoß zur Erzwingung der Anerkennung des Syndikats- oder Berufsgegenstrebens für die Staatsbeamten, wie er schon mehrfach, jedoch bisher immer erfolglos, unternommen wurde. Die sozialistischen Syndikate über in Frankreich einen weitreichenden Terrorismus aus, der sich jedoch bei den fortwährenden Ausständen, die Handel und Wandel in schwerster Weise schädigen, auf das unangenehmste bemerkbar macht. Den letzten Stein in das Gebäude ihrer Macht denken nun die Führer dadurch einzufügen, daß sie auch die niederen Staatsangestellten durch die geistliche Zuversicht des Syndikatsrechts an diese völlig in ihre Gewalt bekommen. Allen derartigen Versuchen hat aber die dritte Republik trotz ihres radikal-demokratischen Charakters bisher den schärfsten Widerstand entgegengesetzt, in richtiger Erkenntnis der mit einer solchen Maßregel verbundenen Gefahr für das öffentliche Wohl und getrieben von der entschiedenen Abneigung des Publikums gegen jedes Augehändnis nach dieser Richtung. Die letzten vier Ministerien haben sich sämtlich mit der Frage beschäftigen müssen und sind ausnahmslos dabei stehen geblieben, daß Syndikatsrecht für die niederen Staatsangestellten, bei denen der Staat nicht bloß industrieller Arbeitgeber ist, sondern bei deren Tätigkeit die staatliche Autorität und die allgemeine Wohlfaht in hervorragendem Maße interessiert sind, wie bei Eisenbahn, Post und Telegraph, sowie bei den Volksschulbehörden, zunächst, rückwärts zu verweisen.

Zum gegenwärtigen Augenblick glaubten nun die Sozialisten die Regierung ganz besonders gut fassen zu können wegen der unmittelbar bevorstehenden Neuwahlen zum Parlament. Sie hofften, die Regierung werde es nicht wagen, in solcher politischen Zwangslage energisch aufzutreten, sondern werde der sozialistischen Linken wenigstens den kleinen Finger reichen, dem dann noch den Wahler die ganze Hand nachholen müsse. Es kam aber anders. Mit genau derselben Entschiedenheit, wie seine Vorgänger, hat jetzt auch der zuständige Minister des Kabinetts Sarrien, Herr Barthou, die Ansprüche der Sozialisten zurückgewiesen. Er erklärte, daß die Regierung einen Ausstand von

Staatsangestellten unter keinen Umständen dulden könne und werde, daß die Bildung von Beamten-Syndikaten ungeheilig sei, und daß die ausländigen Postbeamten einfach als entlassen zu gelten hätten. Dieser Standpunkt bezeichnete den Minister ausdrücklich als die Gesamtansicht des Kabinetts, und die Kammer eigne sich ihm ebenfalls mit überwältigender Mehrheit an; lediglich die Sozialisten stimmten dagegen. Der sozialistische Neberruhrungsbörsch hat also gerade den entgegengesetzten Ausgang genommen, und dazu hat augencheinlich die gegen die Ausländer sehr erbitterte Haltung des Publikums ihr gutes Teil beigetragen. Zumal das kleinbürgerliche französische Publikum läßt sich nur ungern in seiner Ruhe und seinen Gewohnheiten stören, und es könnte durch eine Nachgiebigkeit der Regierung und des Parlaments in der Frage des Beamten-Syndikatsrechts in einem so kritischen Zeitpunkt nur zu leicht dahin gebracht werden, bei dem unmittelbar bevorstehenden allgemeinen Wahlen Wasser auf die Mühlen der liberalen Opposition zu schütten. Aus dieser Furcht erklärt sich die Einmütigkeit, mit der die gesamten bürgerlichen Republikaner bis in die äußerste Schottierung noch links hinein den Sozialisten ein Paroli abgehen haben. Die Sozialrevolutionäre werden sich freilich dadurch nicht abhalten lassen, bei nächster Gelegenheit den Kampf wieder aufzunehmen, bei dem sie nach der Regel, daß steter Trocken den Stein holt, endlich doch zum Siege zu gelangen hoffen.

Neueste Drahtmeldungen vom 17. April.

Koloniales.

Berlin. Die „Nordde. Allg. Blg.“ meldet: Der Kaiser ernannt zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika den bisherigen Generalstabschef in Dorshau, General v. Reichenberg.

Berlin. (Priv.-Tel.) Durch einen Erlass des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika wird die Einführung von Schuhschufern und Schiebedarren durch Eingeborene verboten. Der Erlass macht die Führung von Schuhschufern durch Eingeborene einer Erlaubnis des Gouverneurs abhängig.

Berlin. Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet: Der Grefreite Otto Stiel, früher im 4. württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 122, ist am 8. April in der Krankenanstalt Altona gestorben.

Zum Ausbruch des Wetts.

Neapel. Außer einem mit verhältnismäßiger Duldsamkeit verbundenen Abkommen in den Gemeinden Crotone und Sant'Anastasia wird aus den Beschluß-Dokumenten nichts Bekanntes erwähnt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das unter dem Protektorat der deutschen Konkurrenz stehende deutsche Hilfskomitee für Galabria dehnt seine Tätigkeit auch auf die Ufer des Beiuawadruks aus.

Zollbewegungen.

Aachen. Eine heute stattgehabte Versammlung der Arbeiterchaft der Firma F. W. Meyer hatte als Ergebnis die Belehrung der Ausländer, die Arbeit wieder aufzunehmen, und den Beschluß, unter allen Umständen an ihren Forderungen festzuhalten. Gemäß dem vor einigen Tagen gefassten Beschlüsse der Arbeitgeber der Aachener Textilindustrie bedeutet dies die endgültige Ausspeisung der in den Fabriken des Arbeitgeberverbandes für das Textilgewerbe beschäftigten Arbeiter.

Aachen. (Priv.-Tel.) Die Bemühungen, die ausständigen Weber zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, werden fortgesetzt.

Mannheim. Von der Arbeiterschaft der Bellstofffabrik Waldhof, die gegen 1800 Personen beschäftigt, sind mehr als 400 in den Ausstand getreten. Als Grund wird von den Leuten die Vornahme von Mahregelungen angegeben. In einer heute vormittag abgehaltenen, ziemlich ereignisreichen Versammlung der gesamten Arbeiterschaft wurde eine Abordnung gewählt, die im Laufe des heutigen Nachmittags beim Vorsitzenden des hierigen Industriellen-Verbandes vorstellig werden wird. Für den Abend ist eine weitere Versammlung einberufen, in der über den Ausstand Beschluß gefasst werden soll.

Leeds. Die letzte Nacht verließ im Kohlengebiet scheinlich erregt verschiedene Personen, die Arbeitsschläge an der Arbeit hindern wollten, wurden verhaftet. Zahlreiche Wachen von Gendarmen und Soldaten befinden sich an der Einfahrt der Schächte. Aus Marsch wird gemeldet, daß die Arbeit in sehr harter Weise wieder aufgenommen wurde.

London. An der Kirche von Montigny-en-Gohelle explodierte eine Dynamitbombe, die in das selbe Loch gelegt war, in dem fürstlich bei der ersten Explosion eine Bombe gelegen hatte. Auch diesmal wurde nur Materialschaden angerichtet.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser ernannte den südfranzösischen Landrichter Cromie zum Mitglied des Patentamts. — Das Kabinettvorsitz empfing den neuen norwegischen Gesandten v. Ditten in Antrittsaubien.

Berlin. Die „Nordde. Allg. Blg.“ meldet: Wie verlautet ist der Votabotschaft in London, Graf Bernstorff, zum Generalstabschef für Neugkeiten ernannt worden und wird durch den Madritzer Votabotschaft v. Stumm erlegt werden. Dieser wird durch den zweiten Sekretär der Botschaft in Rom, Legationsrat Freiherrn v. Sanden, erlegt, an dessen Stelle der Legationssekretär beim Generalstaat in Cairo Wedel tritt.